

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung nach dem Gesetz vom 1. März 1909, § 10, Abs. 1, Satz 1, Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.



Inserionspreis: 10 Pf. für die 6er-Spalte (einmal) oder deren Raum, Resten, die 2-spaltige Spalte 20 Pf. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Anzeigen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Spalte 10 Pf. Nachweisungsgebühr 50 Pf. Anzeigen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Spalte 10 Pf. Nachweisungsgebühr 50 Pf. Anzeigen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Spalte 10 Pf. Nachweisungsgebühr 50 Pf.

Ersteilung seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Rössig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 66

Sonnabend den 18. März 1922.

81. Jahrgang

## Ämtlicher Teil.

Auf Blatt 120 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Spar- und Vorschussverein zu Burkhardswalde, Aktiengesellschaft betr., ist heute folgendes eingetragen worden:

Die Firma lautet nach Beschluß der Generalversammlung vom 9. Februar 1922 künftig: Deutsch-Schweizerische Bank, Aktiengesellschaft.

Der Sitz der Gesellschaft ist von Burkhardswalde nach Berlin, Französische Straße Nr. 13/14, verlegt.

Die Generalversammlung vom 9. Februar 1922 hat die Erhöhung des Grundkapitals um neunmillionenneunhundertsechzigtausend Mark, in neuntausendneunhundertsechzig Aktien zu tausend Mark zerfallend, mithin auf zehnmillionen Mark, beschlossen.

Der Gesellschaftsvertrag vom 24. Februar 1918 ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 9. Februar 1922 laut Notariatsprotokoll von demselben Tage auch in anderen Punkten abgeändert worden.

Der Vorstand Paul Reichelt in Burkhardswalde ist ausgeschieden.

Die Prokura des Privatmanns Moriz Wilhelm Dröing ist erloschen.

Zu Mitgliedern des Vorstandes sind bestellt

a) der Bankdirektor Hans Bloeger,

b) der Bankprokurist Robert von Padberg,

beide in Berlin.

Diese sind nur berechtigt, die Firma der Gesellschaft gemeinsam zu zeichnen.

A. Reg. 37/22

Sächsisches Amtsgericht Wilsdruff, am 15. März 1922.

**Der Frühjahrsmarkt findet Sonntag den 19. März d. J. von mittags ab und Montag den 20. März statt.**

Wilsdruff, am 9. März 1922.

Der Stadtrat.

## Öffentl. Mahnung zur Zahlung der Reichseinkommensteuer.

Steuerpflichtige, denen die für das Rechnungsjahr 1920 endgültig festgesetzte Steuer-schuld bekanntgegeben worden ist, die aber die Erfüllungsbeträge noch nicht begahlt haben, werden hiermit aufgefordert, den rückständigen Steuerbetrag binnen 8 Tagen zu bezahlen.

Die gleiche Aufforderung ergeht hiermit an die Steuerpflichtigen, die mit der 1., 2., 3. oder 4. Rate der vorläufigen Reichseinkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921 noch im Rückstande sind.

Eine besondere schriftliche Mahnung erfolgt nicht, vielmehr wird nach Ablauf von 8 Tagen das Vollstreckungsamt beauftragt werden, die dann noch rückständigen Steuerbeträge zwangsweise einzuziehen.

Wilsdruff, am 16. März 1922.

Der Stadtrat.

## Kartoffelversorgung.

An hiesige Einwohner, die nachweislich ohne Vorräte sind und an der Wochenversorgung nicht teilnehmen, können kleinere Mengen Kartoffeln abgegeben werden. — Meldungen zum Bezuge am 20. März im Zimmer 2. — Der Tag der Abgabe wird besonders bekanntgegeben.

Wilsdruff, am 16. März 1922.

Der Stadtrat.

**Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.**

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die Reichstagskommission hat in einer Note an die deutsche Regierung Beschwerde über angebliche deutsche Widerstände in Entwaffnungsfragen erhoben.

\* Die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsorganisationen über Erhöhung der Arbeiterlöhne im Reichsdienst haben zu einer Einigung geführt.

\* Der interalliierte Kriegsrat in Paris hat die Fortsetzung der militärischen Kontrolle über Deutschland auf acht Jahre vorgeschlagen.

\* Das griechische Kabinett ist unter dem Vorsitz von Sunaris neu gebildet worden.

\* Sultan Fuad von Ägypten hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach Ägypten ein unabhängiger souveräner Staat wird und der Sultan den Titel König von Ägypten annehmen wird.

\* Im Kampfe mit den englischen Regierungstruppen hat sich Nordburg, das letzte Johannesburger Bollwerk der südafrikanischen Revolutionäre ergeben.

## Sparfamkeit!

In Zeiten ruhiger geschäftlicher Entwicklung, in denen alle Dinge ihren feinen Wert haben und behalten, und in denen vor allem das Geld als einziges staatliches Zahlungsmittel den unveränderlichen Wertmesser für jede Handelsware bildet, läßt sich der Bestreben und die Erwerbsmöglichkeit des einzelnen sowohl wie auch größerer oder kleinerer Körperschaften, ja zuletzt des ganzen Staatswesens mit großer Sicherheit überblicken und voraus berechnen. Das bietet ganz von allein einen starken Anreiz dafür, durch ein sorgfames Abwägen der Einnahmen und der Ausgaben eine allmähliche Verbesserung und Hebung des Bestandes herbeizuführen, kurz mit einem Worte, durch eine kluge Sparfamkeit die Früchte jeder wirtschaftlichen Betätigung ausreifen zu lassen und zu vermehren. Ganz anders scheinen aber auf den ersten Blick die Dinge zu liegen, wenn keinerlei fester Maßstab für den Wert der verschiedenen Arten von Gütern und Leistungen mehr vorhanden ist, und wenn vor allem, wie wir es jetzt seit Jahren erleben, die staatlichen Zahlungsmittel fortwährenden Schwankungen unterworfen sind und die notwendigsten Lebensbedürfnisse einer unaufhaltsamen Preissteigerung ausgesetzt sind. Ein bekannter humorvoller Schriftsteller hat kürzlich einmal berechnet, wenn er das gesamte Gehalt, welches er während einer zehnjährigen Friedensdienstzeit als Oberleutnant in der österreichischen Armee bezog, bis auf den letzten Heller erspart hätte, er jetzt in der Lage sein würde, für diese Summe 1/2 der Schweiz eine ganze Flasche onkologisches Wein zu trinken. Niemand wird finden, daß dieser Mann klug getan hätte, sein ganzes Geld zu sparen, von dem er in den bewußten zehn Friedensjahren, in denen er es ausgab, wahrscheinlich mehr gehabt hat.

Nicht unähnlich liegen die Verhältnisse vielfach auch bei uns in Deutschland, und Politiker und Volkswirtschaftler haben schon oft auf die Gefahr hingewiesen, die darin liegt, wenn die unter heutigen Verhältnissen so oft mehr mißlos als ganz korrekt erworbenen großen Vermögen möglichst rasch in allerlei mehr oder weniger notwendige und nützliche sogenannte Sachwerte umgewandelt, d. h. mit anderen Worten einfach sinnlos verschwendet werden, nur, weil der Besitzer der vielen Tausendmarktscheine sich sagt, daß diese Papiere ihm über kurz oder lang nur noch einen viel geringeren Wert bedeuten als im Augenblick. Das trägt natürlich dazu bei, die Preise noch weiter in die Höhe

zu treiben und damit den Wert des Geldes immer weiter herabzudrücken. Gerade weil die deutsche Währung augenblicklich und voraussichtlich noch eine ganze Zeitlang eine sehr kritische Periode durchzumachen hat, ist es um so notwendiger, daß wenigstens wir selbst, und zwar sowohl im Staate als im Privatleben, nicht noch zur Verschärfung dieser Krise beitragen. Der Teil, an welchem wir überhaupt einen Einfluß auf die Festigung und Befundung unseres Finanzwesens haben, ist zwar gering genug, darf aber keinesfalls zu der Forderung führen, daß es nun eigentlich kaum noch darauf ankomme, ob wir angeht des schon bestehenden und für die Zukunft noch zu erwartenden Milliardenstromes, der von uns ins Ausland flieht, die paar Tropfen sorgsam sparen und bewirtschaften, die uns von unserem früheren Reichtum noch verbleiben.

Bedenkezeiten bringen leicht eine sogenannte großzügige Wirtschaft mit sich, die immer das Gegenteil von gründlicher Sparfamkeit bedeutet. Das ist auch im Deutschen Reich eingetreten, dessen Apparat sich in den letzten Jahren stark vergrößert hat. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl Deutschlands haben wir heute zweifellos ein übermäßig großes Heer von Beamten und nicht beamteten Kräften im Dienste des Reiches, der Länder und der Gemeinden, die, da für jeden selbstverständlich ein zum Leben ausreichendes Gehalt bezahlt werden muß, eine außerordentliche Belastung für unser Budget bedeuten. Deshalb ist auch gegenwärtig das Problem einer Verringerung dieser Kosten durch einen sinngemäßen Abbau des Verwaltungsapparates wieder einmal in den Brennpunkt der politischen Erörterung gerückt. Auf Grund der Abmachungen beim Steuerkompromiß will die Reichsregierung gemeinsam mit den großen Parteien bekanntlich eine Organisation einrichten, an deren Spitze ein eigens für diesen Zweck ernannter Minister stehen, und die versuchen soll, den kostspieligen Regierungs- und Verwaltungsapparat auf das kleinste zulässige Maß zurückzuführen. Man denkt in erster Linie an die Zusammenlegung einiger Ministerien, die früher Teile des Reichsministeriums des Innern waren, jetzt aber als Wirtschaftsministerium, Lebensmittelministerium und Ernährungsministerium besondere Behörden bilden. Ferner will man alle Aufmerksamkeit darauf richten, bei neuen gesetzgeberischen Maßnahmen erst einmal nachzuprüfen, ob der Ertrag auch wirklich der aufgewendeten Arbeit entspricht, oder ob die Einkünfte nicht größtenteils durch die zu ihrer Erlangung notwendigen Verwaltungskosten aufgezehrt werden. Der heftigste Kampf um das Reichsmietengesetz und um die Streikdemütigung erklärt sich zum großen Teil daraus, daß in diesen beiden Fällen erhebliche Bedenken in der Hinsicht geltend gemacht worden sind, daß die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen fast ebenso teuer zu stehen kommt, als die von ihnen zu erwartenden Einnahmen ausmachen würden.

Angehts der riesigen Kosten, die wir für die Abdeckung unserer Reparationsverpflichtungen und vor allem für die besonders sinnlose Verschwendung bei den Bewaffnungsarbeiten und den Kontrollkommissionen in Deutschland aufzubringen haben, bedeuten Ersparnisse im inneren Etat zwar keine wirklich durchgreifende Hilfe. Aber sie sind der einzige Punkt, bei dem wir aus eigener Kraft einmal einen Anfang machen und versuchen können, das weitere Hinabgleiten auf der schiefen Ebene aufzuhalten, auf der wir sonst unweigerlich österreichischen oder gar russischen Zuständen entgegengehen. Schon die nächsten Wochen werden im Reichstage zeigen, ob Regierung und Parteien die ausreichende Entschlußkraft dafür besitzen.

## Genua am 10. April.

Die offizielle Mitteilung der italienischen Regierung.

Die italienische Regierung läßt sich durch das endlose Hin und Her von Meinungen und Wünschen über den Termin oder gar den Ausfall der Konferenz von Genua nicht irre machen. Sie hat ihre Einladungen versandt und hält an dem einmal gewählten Termin fest.

Der italienische Botschafter in Berlin hat eine Note der italienischen Regierung überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die Genueser Konferenz endgültig auf den 10. April festgesetzt worden ist.

Man ist sich natürlich auch in Berliner politischen Kreisen darüber klar, daß bis zum 10. April noch mancher Zwischenfall eintreten kann, der auch dieses Programm möglicherweise wieder umwirft. Lloyd George gibt sich allerdings gegenwärtig große Mühe, auch den amerikanischen Präsidenten Harding wieder umzustimmen und ihn zur Teilnahme an der Konferenz zu veranlassen und die englische und die italienische Regierung sollen gemeinsam mit den Neutralen fest entschlossen sein, die Konferenz abzuhalten. Von London aus sollen auch bestimmte Richtlinien nach einigen neutralen Hauptstädten und Berlin gesandt worden sein, die sich auf den englischen Standpunkt zum allgemeinen europäischen Wiederaufbau beziehen. Im übrigen aber wird man abwarten müssen.

## Verlängerung der Militärkontrolle?

Englisch-französische Meinungsverschiedenheiten.

Die Franzosen versuchen wieder einmal, den Friedensvertrag in einer für uns ungünstigen Weise umzubiegen. Die Dauer der höchst überflüssigen aber um so kostspieligeren Kontrollkommissionen soll über die Zeit, in der sie überhaupt etwas zu tun haben, hinaus verlängert werden. In der Botschafterkonferenz in Paris hat es darüber eine Debatte gegeben. Die Franzosen schlagen vor, die Kontrolle noch acht Jahre lang

aufrechtzuerhalten. Die Engländer waren dagegen. Der Italiener Graf Sforza machte einen Vermittlungsvorschlag: Die Kontrolle wird acht Jahre aufrechterhalten, aber wenn Deutschland Beweise der Loyalität liefert, kann die Kontrolle aufhören; alsdann bleibt nur die Bewachung übrig, die nach Artikel 213 des Friedensvertrages allein der Völkervereinigung ausüben kann. Wenn Deutschland, ohne Schwierigkeiten zu machen, darauf einginge, dann will England als Entschädigung die sofortige Räumung der drei rheinischen Kohlenhäfen vorschlagen. Das wäre für uns wieder ein böser Handel, denn die Befestigung der Rheinhäfen ist ohnedies rechtswidrig und muß ohne Gegenleistung aufgehoben werden.

## Drei freie Ministerstellen.

Von unserem künftigen Mitarbeiter.)

Berlin, 16. März.

Im Reichstage sind die Besprechungen zwischen dem Kanzler und den Parteiführern über die Durchführung der beim Steuerkompromiß vereinbarten Richtlinien aufgenommen worden. Die Volkspartei ist in aller Form eingeladen worden, an diesen sogenannten interfraktionellen Sitzungen teilzunehmen, woraus der Schluß gezogen wird, daß auch die Frage der Regierungserweiterung besprochen werden soll. Das liegt um so näher, als gegenwärtig drei Ministerposten zu besetzen sind. Das Wiederaufbauministerium ist schon

seit langem verwaist, und seit der Ernennung Dr. Hermes zum Finanzminister wird auch ein neuer Herr für das Ernährungsministerium gesucht. Hinzukommt der neue Minister, der, ohne ein Ministerium zu leiten, dem Kabinett „ohne Portefeuille“ angehören soll, um die Sparmaßnahmen durchzuführen.

Man spricht davon, daß diese drei Ministerposten möglicherweise der Deutschen Volkspartei angeboten werden sollen, wodurch die „große Koalition“ geschaffen wäre, ohne daß eine der andern Parteien ein Ministerium aufzugeben brauchte. Diese Vermutungen eilen allerdings den Tatsachen etwas voraus, denn zunächst steht noch nicht fest, ob überhaupt alle drei Ministerien wieder besetzt werden sollen. Das Ernährungsministerium z. B., für welches das Zentrum möglichst bald einen neuen Chef ernannt wissen möchte, wird von den Sozialdemokraten für überflüssig erklärt. Diese Partei meint, ein Ministerium, das den Kartoffelpreis nicht unter 300 Mark halten und keine höhere Getreidemenge durchsetzen konnte, habe keine Existenzberechtigung mehr. Sie verlangt vom Ernährungsminister Garantien für billiges Brot, wenn sie die Notwendigkeit eines solchen Ministers überhaupt anerkennen soll. Von deutschnationaler Seite wird lebhaft gegen die Kandidatur des oldenburgischen Ernährungsministers Tanzen für die Nachfolge des Herrn Hermes protestiert, doch kommt dieser wohl ebensowenig wie der ebenfalls genannte Zentrumsgesandte Guérard in Frage.

Jedenfalls wird das meiste Interesse der Frage des neuen „Sparministers“ zugewendet werden, während die Koalitionsbildung selbst neben der Personenfrage bei der Besetzung der drei Ministerstellen noch im Hintergrund zu sehen scheint.

### Zeitungsnot und Regierung.

Berlin, 16. März.

Bei der Besprechung der Not der Zeitungen im Hauptausschuß des Reichstages erklärte Staatssekretär Dr. Hirsch, die Regierung verfolge mit großer Sorge die Entwicklung der Druckpapierpreise. Wenn auch die Steigerung an sich nicht außer Verhältnis zu anderen Preissteigerungen stünde, so gebe doch das Sprunghafte des Aufstiegs Veranlassung zu den schwerwiegendsten Bedenken. Der Staatssekretär glaubte, daß durch die neue Zeitungsgesetze

#### die kleine Presse erschlagen werde

und daß damit eine allgemeine Uniformierung der Meinungen durch die übrigbleibende große Presse erfolgen werde, ein Zustand, wie wir ihn in anderen Ländern bereits kennen, wo er aber glücklicherweise im deutschen Geistesleben sich noch nicht durchgesetzt hätte. Leider mußte der Staatssekretär feststellen, daß die gesetzlichen Handhaben, die die Regierung zur Zeit zur Milderung der Not besitze, in ihrer Wirksamkeit recht begrenzt seien. Im Gegensatz zur Ansicht mancher Interessenten meinte der Redner, daß die Ursache der Preissteigerungen

weniger in der Politik der Kartelle zu suchen sei, als im Steigen der Holzpreise. Diese Schwierigkeiten würden sich noch verstärken, wenn der Umfang der Bautätigkeit wachse und im Besonderen die Holzpreise vielleicht von neuem zu steigen beginnen könnten. Als mögliche Hilfsmittel bezeichnet der Staatssekretär eine Einschränkung der Reichsregierung auf die Preisgestaltung, sobald der interfraktionelle Ausschuß des Reichstages hierzu Stellung genommen haben werde, vielleicht könne dann zum mindesten die sprunghafte Steigerung der Papierpreise hintangehalten werden. Einbarer Zuspruch könnte bei der schweren Finanzlage des Reiches nicht in Aussicht gestellt werden. Zugeständnisse bei der Tarifierung des Druckpapiers könnten nur in Frage kommen, wenn damit eine fühlbare Mäßigung des Preises erreicht werde. Die Frage der möglichen Einwirkungsmittel solle demnächst mit den Interessenten, nötigenfalls mit dem interfraktionellen Ausschuß des Reichstages erörtert werden.

#### Weiteres Eingehen von Zeitungen.

Nach der amtlichen Zeitungsnote haben in dem letzten Monat wieder 157 Zeitungen und Zeitschriften ihr Erscheinen eingestellt. — Der im 105. Jahrgang erscheinende Saubauer Anzeiger stellt am 1. April sein Erscheinen ein.

## Die Grafen von Freydeck.

93] Roman von A. Ostland.

anzugabe Briefe kamen, in denen man ihnen Glück wünschte. Menschen, welche sie seit Jahren nicht gesehen, drängten sich nun an sie heran. Aber die beiden, welche sich endlich gefunden, wünschten gar nicht, aus ihrer Selbstabgeschiedenheit herauszutreten in das bunte Leben. Sie waren sich selbst genug.

Es war ein paar Tage nach Hildas Heimkunft. Georg hatte das junge Mädchen lange gesucht; endlich fand er es vor dem alten Schreibrüch ihres Vaters. Sie hatte auf Gerlachs Rat einen geschickten Tischler aus der Stadt kommen lassen, welcher sich nun mühte, das Geheimfach zu öffnen, ohne das alte Möbel sehr zu verletzen. Endlich lag es offen vor ihren Augen.

Ein Päckchen hohe Geldnoten — Papiere — das war Ernst von Freydecks mütterliches Erbe, von dem man stets angenommen hatte, er habe es auf seiner fluchtähnlichen Abreise mitgenommen.

Was ihn daran gehindert hatte, ob er, der mit Geldmitteln ohnehin wohl versorgt war, das Päckchen über den Aufregungen jener Tage vergessen hatte, ob sonst eine Veranlassung war — das erfuhr man nie.

Als Hilda mit bebenden Fingern das Päckchen herausnahm, rollte ein kleiner, dunkler Gegenstand herab. Sie bückte sich danach. Eine glänzend polierte schwarze Kugel lag in ihrer Hand.

„Das ist die Kugel, welche meinem armen Vater das Todesurteil sprach“, sagte Hilda von Freydeck; „sie riß ihn fort aus der alten Heimat, sie trieb ihn ruhelos von Land zu Land. Als er sie zog, hatte er sein Leben verwirrt.“

Georg löste die Kugel sacht aus ihren Fingern. „Sag die Vergangenheit ruhen!“ sprach er innig. „Auch diese Kugel und ihre Macht ist überwunden worden von der Zauberkrast der Liebe. Nun laß tot sein, was tot ist! Wir aber — du und ich — wir schreiten froh einem neuen Leben entgegen!“

Und wieder war es an einem Sommertag zwei Jahre später. Die junge Schloßherrin von Freydeck stand auf der großen Freitreppe, ihr Schloßlein in den Armen. Hilda Günther hatte vom Kaiser die Erlaubnis bekommen, ihrem Namen den Namen von Freydeck anzufügen.

So lebte das uralte Geschlecht weiter an der Stätte,

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich

#### Verlängerung der Demobilisierungsverordnungen.

Der Wirtschaftspolitische und der Sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit dem Entwurf über Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilisierungsverordnungen. Umstritten waren im wesentlichen die beiden Verordnungen über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern (Strecken der Arbeit) usw. sowie der Verlängerungstermin. Die Abstimmung ergab Annahme der Aufrechterhaltung der beiden Verordnungen. Als Termin fand der 31. Oktober 1922 Annahme.

#### Regelung der Helgoländerfrage.

Zu den nächsten Tagen findet in Berlin zwischen Regierungsvizevertern und acht Vertretern der Helgoländer eine Besprechung statt zur endgültigen Beilegung aller Differenzen, die sich aus der bisherigen Sonderstellung Helgolands ergeben hatten. Der Zusammenkunft in Berlin geht eine Vorbesprechung in Helgoland selbst voraus, an der auch die Unparteiischen, die feinerzeit ihre Vermittlung freiwillig angeboten hatten, teilnehmen.

#### Frankreich.

X Losgekauft. Seitdem bekannt geworden war, daß in Nancy das deutsche Arbeiterkind Marcelle Heymann als lebendes Pfand für das Wstergeld zurückbehalten wurde, welches während der Internierung der deutschen Eltern veranlaßt worden war, ist in Deutschland gesammelt worden, bis die 100 000 Mark zusammengebracht waren. Die Franzosen haben jedoch der Reichstagsabgeordneten Frau v. Dheim, die die Pfandsomme nach Nancy bringen wollte, die Einreiseverweigerung nach Frankreich verweigert. Der deutsche Botschafter in Paris hat nun die geforderten 5000 Frank beim Kaiserhof in Nancy hinterlegt. Erst daraufhin hat er Erleichterungen für die Einreise der Mutter des Kindes zugefagt erhalten und so dürfte die Übergabe der Marcelle Heymann an ihre Mutter in diesen Tagen in Nancy erfolgen.

X Ein seltener Franzose über Deutschland. Der französische Abgeordnete Reynaud berichtet in der Zeitung „Leit Mot“ über seine Reisen in Deutschland u. a. folgendes: Ich habe im Verlauf meiner Reisen in Deutschland nicht den Eindruck gewonnen, daß überall Reichum herrscht, mit Ausnahme einer dünnen Schicht von Kriegsgewinnlern. Der Mittelstand ist vollständig verschwunden. An den Universitäten nimmt die Zahl der Studenten ab. Die deutsche Kultur ist schwer getroffen worden.

#### Italien.

X „Die besten Absichten gegenüber Deutschland.“ Die neue Regierung unter der Ministerpräsidentenschaft de Facta stellte sich der Kammer mit ihrem Programm vor. Der Ministerpräsident sagte u. a.: Italien ist mit den besten Absichten gegenüber Deutschland befestigt. Italien hat das Vertrauen, daß Deutschland seine Verpflichtungen innehalten wird, um zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas beizutragen. Unsere Freundschaft zu England bildet die Hauptstütze unserer Außenpolitik. Die Freundschaft, die wir für Frankreich hegen, wird verstärkt durch Rassenverwandtschaft und durch die Erinnerungen an unsere Waffenbrüderschaft. Gegen Rußland haben wir keinerlei feindselige Absichten und wir sind bereit, mit Rußland Handelsabkommen abzuschließen.

#### Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Ausschuß des Reichstages, der die Nachprüfung des Ortlaffenverzeichnisses zu erledigen hatte, hat seine Tätigkeit am 1. März abgeschlossen, so daß weitere Eingaben an ihn sowie an die Abgeordneten sich erübrig.

Berlin. Der Regierungspräsident von Wersbich hat dem Reichspräsidenten weitere 28 Beistellte an dem Märzaufruf im Jahre 1921 zur Begnadigung empfohlen. Das Reichsjustizministerium hat daraufhin 24 Beurteilten Strafmilderung zugebilligt.

Berlin. Hier ist der russische kommunistische Theoretiker und Leiter der Moskauer Zeitung „Pravda“, Bucharin, eingetroffen. Bucharin ist ein führendes Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Rußlands.

wo ein „Hilda Wentheim“ als nur ungern geduldeter Gast gelebt hatte; jetzt herrschte die reizende junge Frau als Herrin, vergöttert von ihren Untergebenen und über alles geliebt von dem Manne, dem sie Treue bewahrt hatte in allen Stürmen des Lebens. Heute stand Georg dicht neben ihr. Auch er bildete angestrengt in die Ferne, wo man einen dunklen Punkt sich nähern sah.

„Sie kommen! Hurra — Vater — sie kommen!“ rief Georg Günther in den Saal zurück. Gleich darauf erhob sich drinnen eine hohe Gestalt. Rag Günther trat über die Schwelle.

Schnell leuchtete sein Haar über dem stolzen, schönen Gesicht. Aber auch seine Augen glänzten froh, als er nun die Freitreppe hinabstieg.

„Erich! Angela!“

Sie lagen in seinen Armen, und dann küßten sie Georg und Hilda und den kleinen Ernst Günther von Freydeck, der mit großen, erlauchten Kinderaugen von einem zum andern sah. Es war eine echte, große Wiedersehensfreude.

„Und wo ist Onkel Gerlach?“ fragte Erich, sobald sich der erste Sturm der Freude gelegt hatte. „Er ver sprach mir, heute hier zu sein. Kann er sich doch noch nicht überwinden? Tut es ihm noch zu weh?“

Es lag eine tiefe Behmut in Erichs Stimme. Rag Günther nickte.

„Es tut ihm noch zu weh“, sagte er, „und das ist natürlich. Er ist heute nach Wien gefahren — zu Käthes Grab. Aber abends kommt er zu uns. Wir müssen mit ihm Geduld haben. Er hat mit Käthe unendlich viel verloren, so wie wir alle.“

Aber sein Herz ist voll Dankbarkeit für dich und Angela. Ihn hab Käthe durch euer süßes Vergleichen ein Jahr voll Glück geschenkt. Du hast ihr — der Schel den — mehr gegeben, Erich, als sie sich noch erhoffte. Und als sie endlich gehen mußte, da ging sie mit einem Segenswunsch für dich und Angela auf den Lippen.“

Sie wußte ja auch: mein alter Freund Gerlach blieb nicht allein zurück. Er gehört zu uns, er ist uns für immer verbunden. Und das Angeben an Käthe wird fortleben bei uns allen. Auch sie ist eine von jenen, welche nicht sterben, sondern eine goldene Spur hinterlassen im Erdenland.“

Erich Günther zog leidenschaftlich sein junges Weib in die Arme. Erst vor acht Tagen war sie ihm angetraut worden in dem kleinen Städtchen am Meer, wo sie das letzte Vierteljahr still verlebte hatte.

Es war — dem Wunsche des Brautpaares entsprechend — niemand zur Hochzeit gekommen. Sie hätten

## Deutscher Reichstag.

(187. Sitzung.)

Ch. Berlin, 16. März.

Zuerst wurde heute der Gesetzentwurf über Rändigungsbefristungen zugunsten Schwereverurteilten in allen drei Lesungen angenommen. Bei der darauf folgenden Weiterberatung des Gesetzentwurfes über das Branntweinmonopol begründete Abg. Hoelein (Komm.) einen Antrag auf Erreichung des § 159, der von der Besetzung der Essigsäure handelt. Nach kurzen Auseinandersetzungen darüber sollte es zur Abstimmung kommen. Bei der Abstimmung bezweifelte der Abg. Hoelein die Beschäftigung des Hauses, und das Bureau schloß sich diesem Zweifel an. Die Sitzung wurde daher abgebrochen und eine neue Sitzung mit der Tagesordnung: Steuergeley und Mantelgeley anberaumt.

#### Annahme des Branntweinmonopol-Gesetzes.

(188. Sitzung.)

Ch. Berlin, 16. März.

Die neue Sitzung sollte mit der ersten Beratung des Mantelgesetzes oder, wie es amtlich heißt, des Gesetzentwurfes über Änderungen im Finanzwesen, beginnen. Abg. Schulz-Gahmen (Centr.) beantragte jedoch, zuerst über das Branntweinmonopol weiter zu verhandeln. Die Mehrheit erklärte sich dafür, und nun wurden die Anträge der Kommunisten zum Branntweinmonopol abgelehnt und das Gesetz mit geringfügigen Änderungen in der Ausschlußfassung angenommen. Ebenfalls angenommen wurden die vom Ausschuß zu dem Gesetz beantragten Entschlüsse.

#### Dr. Hermes über die Finanzlage.

Zu der nun beginnenden Beratung des Mantelgesetzes nahm das Wort an erster Stelle Reichsfinanzminister Dr. Hermes. Der Minister wurde mit allerhand Zwischenrufen der Kommunisten und Unabhängigen empfangen, worauf von rechts der Ruf erkam: „Abe!“

Präsident Loebe erklärte, zu der äußersten Linken gewandt: „Sie wissen doch, daß die Angelegenheit, auf die Sie mit Ihren Zwischenrufen anspielen, von einem Ausschuß des Reichstages erledigt wird.“ Der Reichsfinanzminister erklärte, Deutschland belastet seine Wirtschaft härter als irgend ein anderes Land. Das wird auch im Auslande anerkannt. Leider wird in Frankreich auch in der Deputiertenkammer behauptet, Deutschland wäre weniger belastet als Frankreich. Man muß sich doch von der Fische des Krieges freimachen, um diese Dinge richtig zu beurteilen. Ein Mehr der Belastung Deutschlands wäre zurzeit nicht mehr erträglich. Durch die Steuererhöhung darf die Gesundung des Wirtschaftslebens nicht gefährdet werden, und dieses Ziel haben wir erreicht. (Gelächter links.) Die neuen großen Besteuerungen werden erst 1923 veranlagt werden. Bei den anderen Steuern handelt es sich nur um Erhöhungen, sodaß kein besonders großer neuer Apparat dazu notwendig ist. Die Veranlagung der Einkommensteuer für 1923 ist im allgemeinen abgeschlossen. Die Veranlagung für 1921 wird bis Mitte dieses Jahres beendet sein. Die Vorbereitungen für die 1923 in Kraft tretende Vermögenssteuer werden in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres getroffen werden können. Das Kompromiß hat Klarheit geschaffen über die Besteuerungen. Alle Gegenstände sind gemildert worden.

#### Die Zwangsanzleihe

wird in aller nächster Zeit durch ein besonders Gesetz sichergestellt werden. Betreffs der Umsatzsteuer erkläre ich, daß die Zusatzsteuer binnen kurzem einer Umgestaltung unterzogen wird. Bei den Zöllen und den Verbrauchssteuern werden wir uns im wesentlichen auf Erhöhung beschränken. Die Robelle zum Bodensteuergesetz muß bis zum Ende des Monats erledigt werden, weil sonst ein Vacuum eintreten würde. Wenn behauptet wird, daß Deutschland auf die Gewinnung seines Geldes hinarbeite, so ist das unsinnig. Es wird immer schwieriger, Lebensmittel und Rohstoffe aus dem Auslande zu beziehen. Eine Besserung des Marktes kann nur von außen her erfolgen, durch eine vernünftige Begrenzung unserer Leistungen aus dem Friedensverträge. Was durch die Steuererhöhung zur Sanierung unserer Finanzen geschehen kann, das liegt Ihnen zur Beschlußfassung vor. Die oberstelektische Rohlenproduktion ist uns durch den Friedensvertrag zum großen Teil die Kupfer- und Zinnproduktion ganz verlorengegangen.

Mieselpfer hat das deutsche Volk getragen. Die fälligen Zahlungen sind pünktlich geleistet worden. Von Stunde zu Stunde warten wir auf erträglichere Zahlungsbedingungen. Hoffentlich kommen diese bald. Mit dem Ergehen um baldige Erledigung der Steuervorlage schloß der Minister. Pärm und Juruse von der äußersten Linken und nachdrücklicher, wiederholter Beifall im Zentrum bildeten den Abschluß.

#### Die Redner der Parteien.

Abg. Bernstein (Soz.) begann mit der Erklärung, daß auch heute noch die Befürworter von den Steuern schwerer getroffen würden als die Befürworter. Die Zustimmung zu den Steuererlegen sei seiner Partei nicht leicht geworden. (Gelächter)

in aller Stille ihren Lebensbund geschlossen; denn trotz all ihres Glückes mischte sich eine leise Behmut in ihre Freude, wenn sie an das stille, zarte Mädchen dachten, das nun schon seit mehr als einem halben Jahr den Frieden gefunden hatte, den sie in dieser unruhigen Welt vergebens suchte.

Hilda trat zu ihnen. In ihren Händen trug sie einen uralten Becher; golden funkelte darinnen der schwere Wein.

„Auf daß ihr glücklich werdet, wie wir es sind!“ sprach die schöne Frau und trank dem jungen Paare zu. Sie sahen sich alle still an, dann tranken sie. Und dabei dachten sie dankbar an diejenigen, welche Schiffbruch gelitten, welche der Sturm des Lebens verweht hatte.

Hildas Kind lauchte auf. Heil und froh klang die junge Stimme in die Stille hinein. Und aus diesem Kinderlauchen hörten sie, die Jungen, die Starren, welche ausgehalten hatten, den Ekford eines vollen, großen Glückes, das mit ihnen gehen würde hinein in eine helle, lichte Zukunft.

Ende.

## 's gräfte Uhgelick.

Nach einer wahren Begebenheit in erzgebirgischer Mundart.

Ne Wandel Bahr is her. Wie da der Quarthannelob unsern Pfarrer off Marieberg sahr soll un mit senn Aufschwaungl ne grußen Budner Barg neimachet, da wär sei bal e großmächigs Mallör fertig wurn. Abgeschliffen hatt dr Lob daamisch, gequiecht hois (kauerlich) ledersch Tol nüber. Ober wie dos so mannichmol is — off emol tus een laun Knack, 's Schleifzeig macht net meh mit, der Woong kriegt de Schleider, 's Pfaar toh's net mehr derhalten, un nu raffaant die Hefzühr schrägnit, doß mer dacht: Harr meines Laams... wie werb dos o'laasn?

Die Sach is arnischhaft un net zen lachen, ober wenns demoochert verbrü is, un 's is alles noch ju genaadig o'gange, do laß mer schu mol derzähln, moß der Quarthannelob daberbei für ene heldenhafte Röll gespielt hos.

Wie dos Pfaar ju inne gräften Kotaihen is, ho'recht dar Lob seine beeden Arm gerob in de Döh un schreit 'off menn Baster net: „Harr Pfarrer, Harr Pfarrer, nimmme Se merch net übel, ober ihe passiert 's gräfte Uhgelick — iech verliet 's Pfaar un Sie 's Laam!“

Konert vom Ragg.

trats.) Unendliche Kosten, sagt der Redner fort, werden dem deutschen Volke auferlegt. Sie müssen aber getragen werden, wollen wir nicht durch den Zusammenbruch weit größere Kosten auf uns laden. Die grenzüberschreitende Preissteigerung für alle Nahrungs- und Bedarfsartikel hängt nicht ab von der Verteuerung der Produktion, sondern von dem Stande der Valuta. An eine völlige Beseitigung der Inflation ist im Augenblick nicht zu denken. Verbrauchsteuern sind uns in dem Londoner Ultimatum zur Bedingung gemacht. Ablehnung der Steuern würde die Auflösung des Reichstages bedeuten; das wäre ein Glücksspiel. Die Ablehnung wäre auch ein Vorbruch gegenüber der Entente und ein Geschenk an die Besitzenden auf Kosten der Arbeiter. Wird die Auflösung notwendig, so werden wir auf dem Posten sein. Sie zu betreiben, lehnen wir ab.

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschl.) beantragte hierauf zur Geschäftsordnung, den Reichstag, der am 4. März die außerordentliche Wichtigkeit des Steuerkompromisses betont habe, nach der Verlesung zu veranlassen, im Reichstage zu erscheinen. In diesem Augenblick betrat der Reichskanzler den Saal. (Lang anhaltendes Heulereien.) Abg. Schulz-Bromberg zog darauf seinen Antrag zurück.

Ablehnung durch die Deutschnationalen.

Abg. Dr. Helfferich (Deutschl.) betonte u. a., die Rede des Abg. Bernstein belege, daß die zahlreichen Väter des Steuerkompromisses mit traurigen Mienen um die Witze herumsehen. Wir lehnen das Mantelgesetz ab. Dabei nehmen wir für uns in Anspruch, im Anschluß gründliche und positive Arbeit geleistet zu haben. Wir treiben keine Politik der Bergründerung oder der Verneinung. Draußen im Lande versteht man uns, da liegt unsere Zukunft.

Bei dem Steuerkompromiß gibt es Fragen ersten Ranges, sagt der Abg. Helfferich weiter, die noch nicht geregelt sind. Die bürgerlichen Parteien wünschen hier 3, 4 mit unserer Hilfe die Sozialdemokraten zu überwinden. Diesen Punkt haben sie deshalb aus dem Kompromiß herausgelassen. Wir haben einen Gesichtspunkt. Wir bekämpfen die Regierung nicht wie früher die Sozialdemokratie mit dem Ziele, den Staat zu zerbrechen, wir lehnen das Kompromiß nur deshalb ab, weil es gewisse Forderungen der Parteipolitik und die Koalitionspolitik angeht. Ich, die mit der Sache selbst nichts zu tun haben. Unsere Politik wird viele in unser Lager führen, die bisher in einem anderen Lager standen. Das vom Finanzminister vorgeschlagene

Umschichtungs des inneren Haushalts ist eine fata Morgana. Jeder Finanzminister hat dieses Zielbild vorgezeichnet und jedesmal hat es sich aufgelöst. Aus den 12 Milliarden Uberschuß der Reichsbetriebe sind 46 Milliarden Reibtrag geworden, aus den 26 Milliarden zur Erfüllung des Friedensvertrages sind 122 Milliarden geworden, und aus den 31 Milliarden Reibtrag des Gesamthaushalts sind 172 Milliarden geworden. Die beiden Voraussetzungen, von denen die Ausgleichung auch des inneren Haushalts abhängt, sind strengste Sparmaßnahmen in der Verwaltung, namentlich in der Betriebsverwaltung und in der unserer Leistungsfähigkeit angepaßten Regelung der Reparationsfrage. Hauptfrage ist die Wiederherstellung der harten Staatsautorität. Sie ist in der Hand der gegenwärtigen Regierung nicht gerade gut aufgehoben. Der Redner wendet sich nun besonders gegen den Reichskanzler Dr. Brüning, den er Schandenschrift vorwirft. (Von links ertönen dabei Rufe: „Wieviel Schulden haben Sie gemacht? 100 Milliarden schwebende Schulden! — Sie Vorkostminister!“) Der Reichskanzler und seine Politik tragen die Schuld, daß erst die Zertrümmerung zahlloser Existenzen nötig war, um einigermaßen den Bahnplan der Erfüllungspolitik zu enthüllen.

## Die Weinangelegenheit Dr. Hermes'.

Eine Erklärung des Winzervereins.  
Berlin, 16. März.

In der Angelegenheit des Reichsfinanzministers Dr. Hermes erklärt der Winzerverband für Mosel, Saar und Rheingebiet, der Winzerverband habe weder außergerichtliche Inventionen an Jucker erhalten, noch seien dem Minister Weine zu Preisen geliefert worden, die unter dem geltenden Preise lagen.

Die für die Weinklosterung im Anhang gebrachten Preise stellen die Verkaufspreise dar aus dem Jahre 1915. Der Preis der Triersche Winzerverein habe noch in der Liste 1917/18 Preissteigerungen dieser Lage zu 2,50 Mark und 3,50 Mark angegeben und auf Bestellung geliefert. Erst nach dieser Zeit sei der Preisanstieg gekommen, aus den alten Beständen habe aber an Bekannte noch geliefert werden können ohne Preissteigerung. Die Beziehungen des Winzervereins zu Herrn Dr. Hermes seien durchaus einwandfrei gewesen.

Da der Reichsfinanzminister mittelmäßig Bescheidungsfrage in der Angelegenheit angebracht hat, wird man nunmehr die gerichtliche Klärung der Sache abwarten müssen.

## Sträflingsrevolte im Eisenbahnzug.

Berlin, 16. März.

Aus dem Zuchthaus zu Görlitz wurden gestern 33 Sträflinge in einem Sonderwagen eines Personenzuges nach Berlin geschickt, weil sie sich hier vor Gericht wegen anderer Straftaten verantworten sollten. Da die Görlitzer Zuchthäuser als besonders gefährliche Ausreißer bekannt sind — man erinnert sich vielleicht noch an die vor nicht allzu langer Zeit gemeldete Massensucht dieser „schweren Jungen“ — hatte man für den Transport besondere Vorkehrungen getroffen.

Die Schutzmaßnahmen hinderten die Verbrecher aber nicht, kurz nach Mitternacht auf der Strecke Frankfurt a. d. Oder — Fürstentum zur offenen Revolte überzugehen. Mehrere von ihnen griffen mit einer eisernen Stange, die sie in ihrem Koffer gefunden hatten, einen der Wächter an und schlugen ihn nieder. Der Angegriffene setzte sich mit seinem Dienstrevolver zur Wehr, und es entspann sich ein heftiger Kampf, der erst durch das Eingreifen der anderen Transportbegleiter beendet wurde. Die Wächter zogen die Revolver, und der Zug blieb auf freier Felde stehen. Diesen kurzen Aufenthalt benutzten mehrere Verbrecher, um in den nahe Wald zu entfliehen. Die Verfolgung der Flüchtlinge wurde sofort aufgenommen, und drei Gefangene wurden, nachdem sie durch Revolverkugeln kampfunfähig gemacht waren, zurückgebracht, worauf sich die andern Ausreißer von selbst wieder einfanden.

Der Führer der Meuterer, ein berühmter Schwerverbrecher namens Schmidt, erlitt schwere Schutzverletzungen am Unterarm. Die beiden andern angegriffenen Zuchthäuser trugen lebensgefährliche Unterselbstverletzungen davon.

## Können wir uns selbst ernähren?

Eine Bejahung.

Nie war die Frage, ob wir Deutschen unser Volk auf unserem eigenen Grund und Boden ernähren können, so brennend wie jetzt, wo Valutsorgen und anderes den Bezug von Nahrungsmitteln aus dem Ausland immer schwieriger macht. War es schon sehr schlimm, daß der Krieg unser Volk in dieser Hinsicht unvorberichtet fand, so hat die Erfahrung leider wenig oder nichts gebessert. Nicht wenige Volkswirte, Politiker und Hygieniker haben sich mit der Frage in letzter Zeit befaßt. Im Hamburger Verein hielt kürzlich Dr. D o n n e einen ausführlichen Vortrag über die Anaeletheit.

Die Frage ist nach Ansicht dieses Arztes vollkommen zu bejahen. Der deutsche Boden ist groß genug, die Bevölkerung und auch den natürlichen Zuwachs zu ernähren, selbst wenn man alle malnutritionistischen Bestrebungen (d. h. solche auf Einschränkung der Kinderzahl) von vornherein ablehnt. Die Wege zur Erreichung des Zieles sind äußerst mannigfaltig und verdienen alle Förderung. Zunächst ist an eine richtige Gestaltung des zurzeit in den Städten zusammengebrängten Volkes zu denken. In den letzten hundert Jahren hat sich das Verhältnis der Landbevölkerung zur Stadtbevölkerung geradezu umgekehrt. Vor einem Jahrhundert lebten noch 75 Prozent des Volkes auf dem Lande und nur 25 Prozent in der Stadt, jetzt ist das Umgekehrte der Fall. Wenn man veranlassen kann, daß die Arbeiter mehr draußen wohnen und nach Erledigung ihrer achtstündigen Arbeitszeit die Freiheit zum Anbau von Lebensmitteln auf eigener Scholle benutzen, so läßt sich viel leisten. Es wird behauptet, daß schon 300 bis 500 Quadratmeter Land den Bedarf einer Familie an Gemüse liefern können. Das hängt vom Boden ab, jedenfalls ist es eine wertvolle Hilfe. Vorbedingung ist natürlich, daß der Staat nicht durch fortwährend steigende Eisenbahnpreise den Leuten das Auswärtwohnen unmöglich macht.

Noch immer haben wir in Deutschland 670 Quadratkilometer Osländereien. Das überflüssige Vorgehen während des Krieges konnte natürlich auf schwierigem Gelände keinen rechten Erfolg zeitigen, aber bei ruhigerem, zielbewußtem Vorgehen läßt sich in langsamerem Tempo wohl etwas erreichen. Man meint, daß drei und ein halb Millionen Hektar des jetzigen Oslandes kulturfähig gemacht werden können. Hunderttausende von Hektaren fruchtbareren Landes lassen sich durch Deichbauten an den Küsten von Ostpreußen und von Schleswig-Holstein dem Meere abgewinnen, Striche, die früher Land waren, aber im Laufe der Jahrhunderte den nagenden Wellen und den stürmischen Springfluten zum Opfer fielen. Der Ertrag der Felder, sowohl der neu gewonnenen wie der bereits lange bestehenden, kann durch Verbesserungen und Düngung gesteigert werden. Noch immer bleiben massenhaft Straßenschutt und Abfälle aus den Städten ungenutzt, weil man nur immer daran denkt, den Müll zu beseitigen, nicht aber, ihn zu nützen. Auch in der Bewirtschaftung der Reisfelder, der Bepflanzung der Ackerfläche usw. sind Fortschritte gemacht worden, die weiterer Ausdehnung fähig wären. Auch alle diese nötigen und vernünftigen Absichten müssen freilich scheitern, wenn nicht für billige Transportmöglichkeiten gesorgt wird. Viel zu viel werden noch Fabrikschutt und sonstige schädigende Stoffe in die Flüsse geleitet, zum Schaden des Fischbestandes. Die Reinhaltung der Gewässer würde die Vimentenfische fördern und große Mengen eiweißhaltiger Nahrung schaffen; denn auf bessere Fischzucht werden wir gewiß noch lange verzichten müssen.

Ohne asthetischen Reizungen nachzugehen, wird doch jeder einsehen, daß das Mindertwichtige vor dem Wichtigeren zurücktreten muß. Wenn man hört, daß die Erzeugnisse von einem Finksbüchel unseres Vaterlandes vor dem Kriege dazu dienen mußten, die Rohstoffe für Bierbrauerei und Schnapsdestillation zu geben, so wird man nichts dagegen einwenden, wenn auf diesem Gebiete ein wenig Einschränkung geübt wird. Auch das heute noch bei uns 12 000 Hektar dem Tabakbau dienen, und zwar vom fruchtbarsten Boden, da Tabak eine anspruchsvolle Pflanze ist, fordert zu Bedenken heraus.

Millionenpende für Kaiser Karl. Eine Anzahl ungarischer Magnaten hat dem Kaiser Karl, der sich in großer Not befindet, eine Liebesgabe von 2 Millionen ungarischer Kronen überreicht. Derselbe Gruppe soll mit Schweizer Banken in Verbindung stehen, um der Familie des Kaisers eine weitere Spende von 80 Millionen ungarischer Kronen zuzuführen.

## Neueste Meldungen.

Wiesenerkehr nach Westpolen

Berlin. Es ist vorteilhaft, bei Briefsendungen nach Westpolen (den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten) in der Aufschrift neben der deutschen auch die polnische Ortsbezeichnung anzugeben, da andernfalls Verzögerungen auf polnischem Gebiet nicht ausgeschlossen sind.

Freie Lernmittel für Unbemittelte.

Berlin. Der Reichstagsausschuß für Bildungswesen hat die Reichsregierung ersucht, den Ländern Beihilfen zu den dort bewilligten Mitteln zu gewähren, damit für unbemittelte und für handwerkliche Familien Lernmittel frei oder doch verbilligt beschafft werden können.

Wiederholte Häuserinzufälle.

Halle a. S. Nachdem sich in der vergangenen Woche in der Stadt Halle der dritte Häuserinzufall infolge Bauqualität ereignet hat, ist wieder in einer belebten Gegend der Stadt abermals ein Einbruch eines Wohn- und Geschäftshauses eingetreten. Unter den Bewohnern werden seit langem Klagen laut über die Gefährdung der alten Bauwerke durch die Erschütterung der durchfahrenden Lastkraftwagen. Beim letzten Einsturz wurde eine vorübergehende Frau schwer verletzt.

Endbestimmung des englischen Metallarbeiterstreiks.

London. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Werksarbeitern sind abgebrochen worden. Man befürchtet, daß der Metallarbeiterstreik sich nunmehr auch auf die Schiffbauindustrie ausdehnen wird.

Lebensmittelpfänderungen in Russland.

Moskau. Die Überfälle auf Getreidezüge mehren sich in Sowjetrussland mit jedem Tage. In erster Linie werden die für die Hungersnöden bestimmten Lebensmitteltransporte im Eisenbahnbesitz von Smolensk, durch den fast sämtliche aus dem Westen kommenden Getreidefrachten transportiert werden müssen, ausgeraubt. Die Überfälle werden von großen Banden planmäßig vorgenommen.

## Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Die große Reparationsanleihe.

Paris, 17. März. (tu.) Nach dem Pariser und New Yorker Herald soll der für heute Freitag erwartete Vorschlag der Reparationskommission für die große Reparationsanleihe nur auf 6 Millionen Goldmark lauten, die mit 7,3 zu verzinsen wären. Die deutsche Regierung würde von diesem Gelde 20 Prozent erhalten für ihre eigene finanzielle Stabilisierung, entsprechend den Vereinbarungen von Boulogne und Brüssel.

Eine technische Konferenz zur Auflegung von deutschen Anleihen.

Paris, 17. März. (tu.) In der Reparationskommission ist von dem englischen Delegierten John Bradbury nunmehr offiziell der Antrag gestellt worden, eine technische Konferenz, in der auch die neutralen Staaten, auch Deutschland, offiziell vertreten sein sollen, einzuleiten, die unter dem Vorbehalt eines der Mitglieder der Reparations-

kommission die Frage der Auflegung einer deutschen Anleihe auf dem internationalen Weltmarkt prüfen soll. Die Reparationskommission hat diesen Antrag mit dem Ersuchen um Meinungsäußerung gestern an die Alliierten weitergeleitet. Man hat Anhalt, die Zustimmung der alliierten Regierungen, einschließlich Frankreich für gesichert zu halten.

## Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 17. März.

### Öffentliche Stadtverordnetenversammlung

Donnerstag den 16. März abends 7 Uhr.

Anwesend waren sämtliche Mitglieder des Kollegiums außer Herrn Neumann, außerdem am Ratsbische Herr Bürgermeister Dr. Kronfeld und sämtliche Stadträte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm man Gelegenheit, die für Spar- und Girokasse angeschaffte Rechenmaschine zu besichtigen. Man war allgemein hochbefriedigt von der genauen und präzisen Leistung derselben. In die Tagesordnung eingetreten teilte der Vorsitzende, Herr Oberl. Hienrich, mit, daß auf die Ausschreibung der Fachlehrerinstelle keine Bewerbungen eingegangen sind, so daß die Stelle nochmals ausgeschrieben werden soll. — Mit der Wahl der Invalidentrentner Leuschner und Maurer habe in den Rentner-Ausschuß erklärte man sich einverstanden. — Die Entschädigung für den Bücherwart der Volksbibliothek wird gegen 5 Stimmen der Linken, die prinzipiell die Bibliothek nicht in die Hände eines einzelnen Vereines gelegt wissen will, in Höhe der jeweiligen Bezüge für eine Fortbildungsschulstunde festgesetzt. — Die Untersuchung des hiesigen Leitungswassers hat besten einwandfreie Befund ergeben. — Die drei schon länger zum Verkauf stehenden Untergetriebe für fahrbare Feldtücher sollen für 1500 Mk. verkauft werden. — Anstelle des als Stadtrat gewählten Herrn Heinicke wurde Herr Möbel-Fabrikant Hildebrandt als Vermittler-Beisitzer in das Miteinigungsamt gewählt. — Auf Vorschlag des Wohlfahrtsamtes soll für Mütter, Krüppel und Tuberkulose wöchentlich eine Beratungsstunde eingerichtet werden. — Dem Verkauf des Landes an der Weizner Straße gegenüber der Parkschänke an Walther Berthold zu Bauzwecken (je Quadratmeter 5 Mk.) wird zugestimmt unter der Bedingung, daß der Bau bis Ende 1923 ausgeführt und die Uferböschung erhalten wird. — Die Miete für die Mühlbach'sche Wohnung wird auf 250 Mk. festgesetzt. — Bezüglich Delantrieb des Rathauses und des Verwaltungsgebäudes, Verleiten und Streichen der Fenster des Stadthauses und Instandsetzung von 20 Promenadenbänken sollen vorerst Kostenanschläge eingeholt werden. — Mit der Erhöhung der Pauschalgebühren für Nahrungsmittelüberwachung (je Kopf von 20 auf 35 Pfg.) ist man einverstanden. — Der Bau der Gerichtsstraße war schon voriges Jahr unter der Voraussetzung der Zuhilfenahme der produktiven Erwerbslosenfürsorge beschlossen worden. Das letztere ist nicht möglich gewesen, deshalb fand ein Vorschlag des Rates einstimmig Annahme, nach dem die Baugesellschaft die Straße unter Aufsicht der Stadt bauen soll und dazu zinslos ein städtisches Darlehen in Höhe der Kosten erhält. — Wegen der Kadaverbeseitigung sollen mit den Städten Roffen und Vommagisch Vereinbarungen getroffen werden. — Die Vorschläge des Schulausschusses wurden einstimmig gutgeheißen bis auf die Erhöhung der Stundenzahl für den 3. Jahrgang der Mädchenfortbildungsschule von 6 auf 8, die sich wegen des ganzjährigen Kochunterrichts nötig macht. Dagegen sprachen die Herren Seurich und Lohner. Sie blieben aber mit 4 Stimmen in der Minderheit. — Wegen der Bereitstellung von Schulräumen für die Haushaltungsschule waren prinzipiell die Vertreter der Linken, da sie in dieser Schule eine reine Standeschule erblickten. — Zum nächsten Punkt der Tagesordnung „Besoldungsfragen“ teilte der Vorsitzende ein Schreiben der Kreisbauhauptschaft mit, in dem dieselbe zu dem Ortsrat über Anstellung und Besoldung der städtischen Beamten einige Einwendungen erhebt in Punkten, wo dasselbe mit der geforderten Gleichstellung mit den Staatsbeamten kollidiert. Zum Besoldungsplan selbst hatte die Oberbehörde lebhaft beanstandet die Ernennung der Bezirkspflegerin als zu tief, und die einzelner Beamter in den unteren Gruppen als zu hoch. Zur Kenntnisnahme hatte die Kreisbauhauptschaft die an sie gerichteten Beschwerden der hiesigen Postbeamten und des Gewerbevereins gegen die Besoldungsordnung überreicht, die ebenfalls zum Vortrage kamen. Herr Bürgermeister Dr. Kronfeld ging auf die beiden Beschwerden näher ein und erklärte, daß der Gewerbeverein hier mit sehr merkwürdigen Mitteln und Verdrehungen gearbeitet hätte, während aus dem Schreiben der Postbeamten recht deutlich der sog. Gerechtigkeitsmangel, d. h. Neid und Mißgunst, hervorleuchteten. Den Hinweis auf Änderung der Stadtordnung mußte er als kolossale Anmaßung scharf zurückweisen. Herr Lohner vertrat den Standpunkt des Gewerbevereins und beantragte die Verlesung der städtischen Anstellungsbesoldungsplan gegebenen Begründung zur Besoldungsordnung. Sein Antrag wurde nicht unterstützt. Herr Schumann erklärte, daß durch die Vorlage eine außerordentliche Ungerechtigkeit gegenüber den Beamten geschaffen worden ist, an der seine Fraktion keine Schuld trage. Er lehnte die weitere Verhandlung als zwecklos ab, da sie nach seiner Ansicht doch nicht zu dem erstrebten Ziele führe. Herr Stadtrat Bombach kam spritzel auf die Beschwerde der Postbeamten zu sprechen und nannte sie einen Verrat an den eigenen Kollegen, der nicht scharf genug gebremst werden könnte. Die weiteren Verhandlungen wurden schließlich gegen den Willen von 6 Stadtverordneten in eine geheime Sitzung verlegt.

Industrie und landwirtschaftliche Produktion. Der Verband Sächsischer Industrieller gibt bekannt: Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion auf das Höchstmaß des Erreichbaren gehört zu den wichtigsten und dringendsten volkswirtschaftlichen Problemen der deutschen Gegenwart. Es hat noch keine Zeit unserer Geschichte gegeben, wo dieses Erfordernis für das lebende Geschlecht so unabwiesbar gewesen wäre wie heute. Die deutsche Landwirtschaft hat die verantwortungsvolle Aufgabe, die denkbar intensivste Bewirtschaftung des deutschen Bodens

herbeizuführen und die Unabhängigkeit unserer Ernährung vom Auslande mit ihren weittragenden Folgen soviel nur möglich zu sichern. Alle Kräfte des Volksebens an die Erreichung dieses Zieles zu setzen, ist hierfür Voraussetzung. Unser ganzes Volk und alle seine Berufsstände haben ein hohes eigenes Interesse daran, an ihrem Teile dazu beizutragen, daß das Hilfswerk der Landwirtschaft ungehindert und erfolgreich vor sich gehen kann. Von dieser Erkenntnis aus beschloß der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller, einem Antrag des Reichslandbundes, Gruppe Sachsen, zu entsprechen und auch seinerseits ernstlich dahin zu wirken, daß die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte ihrem Berufe nicht entzogen werden. Der Verband wird in diesem Sinne aufklärend in den Kreisen der sächsischen Industrie tätig sein.

— Der Erreger der Maul- und Klauenseuche gefunden. Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Bumm, teilte am Montag im Hauptauschuß des Reichstages mit, daß es im Laboratorium dieser Anstalt gelungen sei, zum ersten Male den noch unsichtbaren Erreger der Maul- und Klauenseuche zu züchten und damit die Grundlage für die Immunisierung der Tiere gegen diese weitverbreitete Seuche zu finden.

□ Eine Vereinfachung der Zahlungen der Militärenten wird nach einer Verfügung des Reichspostministeriums vom 1. April ab zur Durchführung gelangen. Die Vereinfachung besteht einmal darin, daß die Berechnung der Renten zwischen den Postämtern und der Rentenverrechnungsstelle der Oberpostdirektion wegfällt und fortan mit den Versorgungsbedürfnissen selbst erfolgt. Andererseits treten auch in der Zustellung der Renten an die Empfänger Erleichterungen ein: Der Geldbesitzer (Geldbriefträger) kann gegen Auswägung der Quittung und der Nummernkarte in Zukunft das Geld an jede erwachsene Person, die in der Wohnung des Empfängerberechtigten anwesend ist, zahlen, auch wenn die Person selbst nicht zu den Familienangehörigen rechnet. Auf die Vorzeigung der Nummernkarte kann verzichtet werden, wenn die Auszahlung an den Empfängerberechtigten erfolgt.

— Die Eröffnung der Dampfschiffahrt auf der Elbe. Die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrt trägt sich mit der Absicht, ihre Fahrten am 1. April auf der ganzen Stromstrecke wieder zu eröffnen.

— Reffeldorf. (Gemeinderatsitzung.) Kenntnis wird genommen, von der erfolgten oberbehördlichen Genehmigung des IX. Nachtrages zur Gemeindebesteuerordnung, die Erhebung eines Zuschlages zur Gewerbesteuer bis zu 25% betreffend. Das Pfingstersche Grundstück soll weiter veräußert werden. Die Gemeinde hat sich schlüssig zu werden, ob sie von dem ihr gesetzlich zustehenden Vorkaufsrecht Gebrauch machen will. Diese Verhandlungen, die in Gegenwart des Besitzers stattfanden, nahmen einen außerordentlich lebhaften Verlauf. Der Gemeinderat war sich schlüssig, in das Gebot einzutreten. Da jedoch im Laufe der Verhandlungen der Besitzer einen anderen Standpunkt einnahm, so konnte ein regelrechter Beschluß nicht herbeigeführt werden. Da der beabsichtigte Verkauf in der Einwohnerschaft ein außerordentlich reges Interesse erweckt hat, so soll in einer Einwohnerversammlung diese Frage näher beleuchtet werden. Hierauf wurde der verfügbare Wohnraum an Wohnungssuchende verteilt. Es mußten hierbei 2 Ansuchen um Ueberlassung freigewordener Wohnungen an die betreffenden Grundstückbesitzer abgewiesen werden. Bericht wurde über die getroffenen Maßnahmen zur Hebung der Milchproduktion und zur Milchverarbeitung. Eine ausgedehnte Aussprache wurde durch die Milchpreisfrage herbeigeführt. Zur Prüfung der Umfassungserklärungen wurde ein Ausschuß gebildet.

— Sedwitz. Der in der Metallwarenfabrik Adolf Köhlers Nachf., Niederinsfelde, beschäftigte Metallarbeiter Walter Behrmann geriet in die Transmision und wurde mit aller Gewalt gegen die Decke geschleudert. Kurz nach dem Sturz auf den Boden war der Unglückliche tot.

— St. Galdien. Der Gemeinderat hat die Luftbarkeitssteuer im Durchschnitt um 500 Prozent erhöht.

— Zwickau. Auf dem hiesigen Brückenmarkt 1 erfolgte

mit weithin hörbarer Detonation eine furchtbare Kessel-Explosion, deren Ursache noch nicht aufgeklärt ist. Bis jetzt konnten aus den Trümmern ein sordidlich entstellter Toter und 2 Schwerverletzte geborgen werden. Der angerichtete Sachschaden ist ganz beträchtlich.

— Zwickau. In der letzten Sitzung des neugewählten Stadtverordnetenkollegiums wurde, unter Nichtberücksichtigung der Wünsche der bürgerlichen Minderheit, die den ersten Vizevorsitzern gemäß der Fraktionsstärke für sich in Anspruch nahmen, von der sozialistisch-kommunistischen Mehrheit ein rein sozialistischer Vorstand gewählt.

### Kirchennachrichten — Oskl.

Predigttext: Epheser 5, 1—9.

Wilsdruff.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst (Pf. Luthardt-Grumbach).

Grumbach.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst in Wilsdruff (Pf. Luthardt). — Dienstag abend 7/8 Uhr Bibel- und Pfingststunde in der Pfarre. — Donnerstag nachm. 4 Uhr Passionsgottesdienst mit heiligem Abendmahl in der Schule Grumbach.

Reffelsdorf.

Vorm. 7/8 Uhr Beichte (Pf. Deber). — Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst (P. Zacharias). — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst. — Nachm. 4 Uhr Fastenbeten mit Feier des heiligen Abendmahls in Kaufbach (Pf. Deber).

Sora.

Vorm. 7/8 Uhr Hauptgottesdienst. — Vorm. 10 Uhr Kindergottesdienst (Kl. I.).

Röhrsdorf.

Vorm. 7/8 Uhr Predigtgottesdienst (Pf. Planert). — Abends 7/8 Uhr Familienabend im Gasthof zum Erdgericht.

Limbach.

Vorm. 7/8 Uhr Predigtgottesdienst, darnach Kindergottesdienst. — Nachm. 7/8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl. (Anmeldung vorher erbeten.)

Blantenstein.

Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Wilsdruff.

Sonntag 19. März 7/8 Uhr Katholischer Gottesdienst in der Schloßkapelle. Abschiedspredigt des Herrn Pf. Grchl.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit dargebrachten vielen Glückwünsche und Geschenke sagen wir hierdurch

herzlichsten Dank.

Bohrsdorf, am 11. März 1922.

Hugo Lucius und Frau.

## Gasthof Weistropp.

Sonntag den 19. März

## Grosse Sportveranstaltung

des Radfahrervereins „Teutonia“ Gruben bestehend in

Damen-Reigen 1er Kunstfahren  
Kunst-Reigen Radballspiel

Ball Anfang 4 Uhr. Sportlicher Teil 8 Uhr.  
Langgeld wird beim Eintritt nicht erhoben.

Alfred Branzke. Der Vorstand.

## Gasthof Limbach.

Sonntag den 19. März

## Feiner Ball.

Hierzu laden freundlichst ein Hans Träber u. Frau.

## Gasthof Blankenstein.

Sonntag den 19. März

## Kinderaufführung.

1. „Die Teufelchen auf der Himmelwiese“  
Kinder-Oper von Karl Reinecke.

2. „König Mauseric“

Jugendlingspiel nach einer Tiroler Sage von Paul Nisch.  
Anfang 7/8 Uhr. Eintritt 5 Mark.

Zu zahlreichem Besuche ladet höflichst ein

Die Schule zu Blankenstein, Lehrer Wehig.

Zu einem anschließenden Tanz für die Konzertbesucher ladet freundlichst ein Richter, Gastwirt.

## Kartoffelpflanzlochmaschinen,

zwei- und dreireihig, effizient billig ab Lager

Bruno Grosse,

Landwirtschaftliche Maschinen.

## Sommerproffen — weg!

Leidensgefährten teile unentgeltlich mit, auf welche einfache Weise ich meine Sommerproffen gänzlich befreite. Frau Elisabeth Ghelich, Frankfurt a. M. 515, Schillerstr. 47.

## Charandter Landwirtschaftsbank

empfiehlt

## Sämereien:

Rotklee, Gelbklee, Weißklee, Schwedenklee, Spätgrünklee, Incarnatklee, Thymoteegras, Rangras (englisches und italienisches), ferner

## Rübensamen:

Eckendorfer, Kirches Ideal, Friedrichswerther, Rote Rüben.

Mais, Wicken, Erbsen, Ackerbohnen.

## Für die Kirchengemeindevertreterwahl in Grumbach

worden empfohlen:

A. Umlauf, F. Piehsch, P. Eckold,  
R. Kiehlisch, D. Röthig, F. Böhme,  
R. Goltsch.

Stimmzettel am Wahllokale.

## Zur bevorstehenden Frühjahrssaat

empfiehlt

sämtliche

## Feld- u. Gartensämereien

in bekannt vorzüglichen Qualitäten

## Firma Gustav Adam

Inhaber Georg Adam — Dresdner Straße 64.

## Anzeigen

Jeder Art finden im „Meißner Tageblatt“ (Amtsblatt)

und seinen Nebenausgaben Coswitzer Anzeiger und Anzeiger für Weinöbpla weitestgehende Verbreitung!

Inverdiendl. Kostenanschläge bereitwilligst

## Saat-Beize

„Uftulun“

ist eingetroffen und empfiehlt

## Louis Seidel

Wilsdruff.

Fernruf Nr. 5 und 10.

## Motorrad,

Marke „Ablor“, 2 1/2 PS, gut erhalten, zu verkaufen.

Sändig, Bennrich bei Gorbitz.

## Mädchen,

18—20 Jahre, als Stütze und fürs Geschäft zum 1. April oder später gesucht.

Richard Lehmann, Meissen, Talstraße 28.

## 1 Hausgrundstück

das sich für einen Schmied oder Maschinenbauer eignet, mit Feld, zu verkaufen.

Hühndorf Nr. 14.

## Gebr. Kindertisch

zu kaufen gesucht. Angebote u. 2502 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

## Möbl. Zimmer

mit oder ohne Pension gesucht.

Baumtsche Poscharsky

Verein

## Heimatdank

der Amtshauptmannschaft Meissen.

Anmeldungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle bei der Amtshauptmannschaft, die Vertrauensmänner des Vereins u. d. Gemeindevorstände des Bezirkes. Jahresbeitrag mind. 1 Mk., juristische Personen u. Vereine ohne Rechtsfähigkeit mind. 2 Mk.

Ein großer Posten

## bill. Arbeitsschürzen,

Bestell.

Stück 5 und 8 Mark empfiehlt

Otto Fjohke, Dresdner Straße 68.

Fernsprecher 514.